

Polen hat große Ziele für EU-Ratspräsidentschaft: Europa soll aufs Wachstumsgleis gebracht werden

Große Gasvorräte

Feld von 100 Milliarden Kubikmetern entdeckt

Warschau. (afp) In Polen ist ein bedeutendes neues Erdgasvorkommen entdeckt worden. Wenn die Schätzungen von Experten zutreffen, wonach das Vorkommen in der Region von Kutno 100 Milliarden Kubikme-

ter umfasst, würde es die Erdgasvorräte in Polen verdoppeln, erklärte Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak. Die bisher bekannten Vorkommen belaufen sich auf rund 95,5 Milliarden Kubikmeter.

Gemeinsame Kampfgruppe vereinbart

Zusammenarbeit der Militärs perfekt

Brüssel/Weimar. (afp/mar) Polen, Deutschland und Frankreich haben die Bildung einer gemeinsamen EU-Battlegroup beschlossen. Die drei Staaten unterzeichneten in Brüssel eine Vereinbarung, bis 2013 eine trinationale Einheit von 1700 Soldaten zur Teilnahme an der EU-Krisenreaktionstruppe aufzustellen. Nach Angaben eines hochrangigen französischen Offiziers wird Polen die Kampftruppen stellen, während Berlin und Paris logistische beziehungsweise medizinische Unterstützung beisteuern.

fall rasch militärisch eingreifen kann. Bisher sind die Einheiten jedoch nicht zum Einsatz gekommen.

Eine längere Diskussion hatte es vor etwa einem Jahr um den Namen dieser Einheit gegeben. Außenminister Guido Westerwelle und seine Amtskollegen aus Deutschland und Frankreich hatten bei einem Treffen von einer „Weimar Battle-Group“ in Anlehnung an das Weimarer Dreieck gesprochen. In diesem hatten die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen vor 20 Jahren eine engere politische Zusammenarbeit der drei Länder in der Mitte Europas vereinbart. Diese Namensgebung, die auch Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg favorisierte, stieß allerdings in Thüringen und speziell in Weimar auf erheblichen Widerstand. Nach einer Intervention von Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf bei Außenminister Westerwelle zog dieser in einem Brief an das Stadtoberhaupt den Namen zurück.

Vorbehalte bei Gewerkschaft

Solidarnosc für höheren Mindestlohn

Warschau. (afp) Eine Erhöhung des Mindestlohns ist das Ziel der Gewerkschaften in Polen. Deshalb kam es kurz vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen in Warschau zur Demonstration tausender Gewerkschaftsmitglieder gegen den Wirtschaftskurs der konservativen Regierung.

Die Demonstranten marschierten vom zentralen Pilsudski-Platz zum Parlament. Dabei riefen sie „Wir wissen, dass Ihr lügt“, während auf einem großen Ballon über der Menge die Parole „Ihr spielt Politik, wir bekommen das Elend“ zu lesen war.

Solidarnosc kritisiert seit langem die Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Donald Tusk, dessen Regierung am 1. Juli turnusgemäß für sechs Monate den EU-Ratsvorsitz übernommen hat. Die Kritik richtet sich vor allem gegen steigende Lebensmittelpreise und die hohe Arbeitslosenquote, die derzeit bei zwölf Prozent liegt. Der Mindestlohn reicht kaum noch.

Haushaltsdisziplin verstärken

Tusk setzt Teilnahme Polens an Sitzungen der Währungsunion durch

Warschau. (afp) Inmitten der Schuldenkrise in Europa hat Polen zum 1. Juli von Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Nach einer feierlichen Zeremonie in Warschau forderte Polens Ministerpräsident Donald Tusk die Mitglieder der Euro-Zone zu mehr Haushaltsdisziplin auf. Außerdem setzte er nach heftigem Streit die Teilnahme seines Finanzministers an Sitzungen der Euro-Länder durch, obwohl Polen selbst nicht der Euro-Zone angehört.

Einen Beitritt seines Landes zur europäischen Währungsunion machte er von der Erfüllung der Kriterien des Stabilitätspakts abhängig, die insbesondere eine Obergrenze für das zulässige Haushaltsdefizit festlegen.

■ Maastricht muss wieder der Maßstab sein

Die Kriterien des Vertrags von Maastricht müssten in der Euro-Zone „dauerhaft“ umgesetzt werden, sagte Tusk. Er kritisierte, dass sich derzeit die meisten Staaten nicht an die Regeln des Stabilitätspakts hielten.

Für heftigen Streit sorgte nach Angaben von Tusk die Frage, ob Polen während seiner Ratspräsidentschaft an den Sitzungen der Euro-Länder teilneh-



Ein gern gesehener Gast in Thüringen und ein Freund der TLZ: Polens Botschafter Marek Prawda rief bei einer Diskussionsrunde in Erfurt die Deutschen dazu auf, das „neue Polen“ kennen zu lernen. Foto: Peter Michaelis

Die Begegnung ist das wahre Leben

Botschafter Marek Prawda fordert mehr Neugier auf das Nachbarland

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. Marek Prawda, Polens Botschafter in Deutschland, wählt einen auf den ersten Blick ungewöhnlichen Vergleich, wenn er das Verhältnis zwischen seinem Land und Deutschland in den vergangenen Jahren beschreibt. Er zitiert nämlich Ernest Hemingway. Der sagte über sein Verhältnis zu Marlene Dietrich einmal, es sei eine „unsynchronisierte Leidenschaft.“

Unsynchronisiert war auch das Verhältnis der beiden Nachbarn über viele Jahre. Prawda führt die gegenseitigen Enttäuschungen in erster Linie auf die Ungleichzeitigkeit zurück, die Deutsche und Polen in ihrem Verhältnis seit dem Abschluss des Nachbarschaftsvertrages vor 20 Jahren erlebt haben. Mit diesem Vertrag, der deutschen Vereinigung und dem Erfolg der Solidarnosc in Polen habe dieses Verhältnis eine selbstverständliche Akzeptanz erfahren, während es zuvor von einem breiten gegenseitigen Misstrauen geprägt war, sagte Prawda beim neunten Erfurter Europagespräch in einem überfüllten Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei bei einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung von Konrad-Adenauer-Stiftung und dem polnischen Institut in Leipzig.

Die Zeiten der unsynchronisierten Beziehungen sind allerdings vorbei. Mittlerweile sind die Bande zwischen beiden Ländern synchronisiert, unter-

strich der Diplomat. „Wir ziehen an einem Strang, obwohl uns vieles unterscheidet“, beschrieb er das gegenseitige Verhältnis. „Wir machen uns jetzt zu zweit Gedanken über die Zukunft Europas.“ Europa ist für ihn ein interessantes und neues Instrument, die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu definieren.

■ Deutschland kann viel lernen

Thüringens Europaministerin Marion Walsmann (CDU) sprach von großem Respekt vor der Leistung der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc. Sie erinnerte auch an die Gründung des Weimarer Dreiecks vor 20 Jahren. Sie wies darauf hin, dass auf polnischer Seite eine regelrechte Europabegeisterung ausgebrochen sei, während sich der Enthusiasmus der Deutschen in Grenzen hielt. 80 Prozent Zustimmung verzeichnen die Demoskopien in Polen zu Europa, in Deutschland sind es gerade mal 18 bis 19 Prozent, die überhaupt Kenntnisse über europäische Institutionen haben. „Deutschland kann so vom Nachbarn lernen“, erklärte Walsmann.

Für Marek Prawda ist die Antwort auf die Frage, wie die deutsch-polnischen Beziehungen vorangebracht werden könnten, klar: Man müsse in Deutschland mehr Neugierde auf Polen wecken, so wie es Hans Hoffmeister, der TLZ-

Chefredakteur und Ehrenvorsitzende der deutsch-polnischen Gesellschaft, vorlebe. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien dabei, in eine neue Phase einzutreten, die Deutschen sollten das „neue Polen“ kennenlernen und Abschied nehmen von den alten Denkschemata der Vergangenheit. Ohne eigene Neugier und Kontakte erzähle man auch viel Unsinn, mahnte Prawda. „Man muss diese Bilder selbst mit Empathie malen, aber nicht, weil man sie schöner malen soll als sie sind.“ Man sollte bei der Betrachtung des anderen die Brille des Nachbarn verwenden. Für Prawda ist es ein großes Defizit, dass das nicht öfter geschieht.

Für Marion Walsmann ist klar: „Die Westerwelles alleine werden das nicht packen.“ Der Schlüssel zu besseren nachbarschaftlichen Beziehungen sei immer wieder die Begegnung. Davon zeugen in Thüringen 13 Städte- und 45 Schulpartnerschaften mit Polen.

Moderator Eckart Straten-schulte von der Europäischen Akademie in Berlin wollte von Prawda wissen, was sich Polen für die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft vorgenommen habe. „Uns geht es gut in der EU. Und darüber wollen wir erzählen“, so der polnische Botschafter. Er verwies auf die Europabegeisterung der Polen. „Unsere Populisten haben sich so sehr angestrengt, dass sie müde geworden sind. So erleben wir jetzt eine neue Phase der EU-Identifikation.“ Prawda beklagte, dass in

der EU so viele so schlecht gelaunt seien. Deshalb sei es wichtig, eine optimistische Geschichte zu erzählen.

■ „Wir sind keine EU-Schwarzfahrer“

Polen will dafür sorgen, dass Europa aufs Wachstumsgleis gebracht wird. Dazu soll im Herbst eine gemeinsame Tagung über eine europäische Haushaltspolitik erfolgen. Ziel soll es sein, das verfügbare Geld klüger auszugeben. Europa müsse zunehmend entdecken, dass die Welt nicht nur aus Ost und West bestehe. „Wir, die Polen, sind keine Schwarzfahrer in der EU. Das gilt genauso für die Bürger in Leipzig oder Prag.“ Polen will die EU auch weiter gegenüber den östlichen Nachbarländern öffnen.

Begegnung war das Stichwort in der engagierten Diskussion. Dafür setzte sich Gustav Bergemann, der europapolitische Sprecher der CDU, ein. Wolfgang Ruske, Vizevorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft und Chef des Grenz-museums Schiffersgrund, berichtete von einem Pfadfindertreffen. Dieter Hackmann, der Vorsitzende des Vereins „Weimarer Dreieck“ wies auf polnische Sprachkurse an der Bauhaus-Uni während der Summer School hin. Und eine engagierte Erfurter Bürgerin appellierte an die Thüringer: „Hinfahren, dort Urlaub machen – und nicht nur in Italien.“

NOTIZEN

Parlament im Oktober neu

Warschau. (afp) Polen wählt am 9. Oktober ein neues Parlament. Dies sei der erste unter der Verfassung mögliche Termin für den Unergang, erklärte Präsident Bronislaw Komorowski. Er kündigte an, den Wahltermin Anfang August formell zu verkünden. Im Sejm sind 460 Mandate zu vergeben. In Umfragen liegt die rechtsliberale Bürgerplattform (PO) von Regierungschef Donald Tusk deutlich vor der Konkurrenz. Einer aktuellen Erhebung zufolge kommt die PO auf 45 Prozent, während die rechtskonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski bei 27 Prozent liegt.

Schuldfrage bleibt offen

Warschau. (dapd) Für die Flugzeugkatastrophe von Smolensk im vergangenen Jahr waren laut einem Bericht der polnischen Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit in erster Linie Mitarbeiter der russischen Luftverkehrskontrolle verantwortlich. Sie hätten der Maschine bei überaus schlechten Sichtverhältnissen die Landung erlaubt, außerdem seien der Besatzung dazu falsche Angaben gemacht worden, erklärte die Partei. Bei dem Unglück kamen der damalige polnische Präsident Lech Kaczynski und 95 weitere Menschen ums Leben.

Abtreibung verbieten

Warschau. (afp) Das polnische Parlament will weiter an einem Gesetzesentwurf für ein vollständiges Abtreibungsverbot arbeiten. Die Entscheidung fiel, nachdem eine Bürgerinitiative dem Parlament etwa 450 000 Unterschriften für ein totales Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen übergeben hatte. Das Verbot wird von der konservativen Opposition, aber auch von Teilen der rechtsliberalen Koalition unterstützt. Die Linken sind dagegen. In Polen ist ein Schwangerschaftsabbruch bislang nur nach Vergewaltigung oder Inzest zulässig, bei Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter oder bei einer schweren Behinderung des Fötus. Die Zahl der Abtreibungen lag nach offiziellen Angaben zuletzt bei nur wenigen hundert im Jahr.



Jetzt hat Polen die EU-Ratspräsidentschaft inne: Ungarns Ministerpräsident Victor Orban (li.) überreichte zum Wechsel der Europa-Flagge an Polens Ministerpräsident Donald Tusk. Alle sechs Monate übernimmt ein anderes Land den Vorsitz. Tusk forderte bei seinem Amtsantritt die Mitglieder der Euro-Zone zu mehr Haushaltsdisziplin auf. Die Kriterien des Vertrags von Maastricht müssten in der Euro-Zone „dauerhaft“ umgesetzt werden, betonte der neue Ratspräsident. Foto: ap